

Ernesto Kroch

---

## Uruguay Ein lateinamerikanisches Modell?

### Wurzeln

Uruguay ist für lateinamerikanische Verhältnisse ein kleines Land, mit 178.000 Quadratkilometern hat es nur die Hälfte der Fläche der heutigen Bundesrepublik Deutschland, ist aber mit 3,4 Millionen Einwohnern nur dünn besiedelt. Davon leben 40% in der Haupt- und Hafenstadt Montevideo. Doch die politische Bedeutung des Landes ist gewiss größer als seine geographische und das mag es auch für uns hier interessant machen.

Man hat Uruguay oft als einen „Brückenkopf Europas in Südamerika“ oder als die „Schweiz Südamerikas“ bezeichnet. Auch wenn etwas Wahres daran sein mag, die wesentlichen Probleme waren immer dieselben wie in ganz Lateinamerika: der Großgrundbesitz und die Abhängigkeit von imperialistischen Großmächten. Erst von Spanien, dann von England und letztlich von den USA. Das ist der gemeinsame Nenner des lateinamerikanischen Kontinents, und die gemeinsame Wurzel dieser beiden Grundübel kann man auch an der Geschichte Uruguays erkennen. Es war die spanische Krone, bzw. der Vizekönig in Buenos Aires, der große Ländereien an seine getreuen Vasallen in dem eroberten Territorium östlich des Uruguay-Flusses vergab. Und auch die ersten Präsidenten der ab 1825 unabhängigen Republik *Banda Orienta* Rivera und Lavalleja, besaßen jeder über 100.000 ha Land. Doch die Rinder, die darauf weideten, ihr Reichtum, wurden auch von den Ureinwohnern gejagt und geschlachtet. Die Charrúa-Indios hatten keinen Begriff von Privateigentum und waren daher nicht in die halb feudale Viehzüchtergesellschaft zu integrieren. So rief Bernabe, der Bruder des Präsidenten, des Generals Rivera, 1832 alle Häuptlinge mit ihren Sippen zu einer Beratung zusammen, verteilte am Abend reichlich alkoholische Getränke und fiel in der Nacht mit seinen Truppen über die Schlafenden her, die alle gnadenlos niedergemetzelt wurden. Eine Gruppe von acht Charrúas wurde gefangen genommen und in einem Käfig zur Weltausstellung nach Paris gebracht. Der Ort jenes Genozids heißt heute noch Salsipuedes, „rette sich wer kann“.

Das Fehlen einer Klasse von Indios ist seither eine der Besonderheiten Uruguays in Lateinamerika. Eine andere Besonderheit ist, dass die Revolution, der

Unabhängigkeitskrieg gegen die spanische Kolonialherrschaft, vom flachen Land ausging. In den anderen Ländern waren es die Patrizier, Kaufleute und Exporteure der Hafenstädte gewesen, die den Freihandel proklamierten und sich, gestützt auf England, gegen das Monopol Spaniens erhoben. In der *Banda Oriental* hingegen revoltierte das Landvolk, bedrängt von der städtischen Bürokratie und dem spanischen Söldnerheer. Der charismatische Anführer der Aufständischen – Landbesitzer ohne Eigentumstitel, schwarze Sklaven, Indios, Dorfpaffen, Troßweiber mit ihren Kindern – war Jose Gervasio Artigas, in jungen Jahren Schmuggler, später Hauptmann der spanischen Kavallerie. Am 25. Mai 1811 schlug er die Königliche Armee bei las Piedras, womit das Land befreit wurde, außer der Hauptstadt Montevideo, die erst nach langer Belagerung vier Jahre später fiel.

Artigas war auch der Erste, der in Südamerika eine radikale Agrarreform durchführte. „Sie (die Ländereien) werden verteilt mit der Voraussicht: dass die Unglücklichsten die Bevorzugten sein werden... die freien Schwarzen, die Mischlinge, die Indios und die armen spanischen Einwanderer.“ Doch 1820 musste Artigas ins Exil nach Paraguay, und viele der unter seiner Regierung verteilten Grundstücke wurden an die vorherigen Eigentümer zurückgegeben.

## Großgrundbesitz und Imperialismus

Die Ehe von Großgrundbesitz und Imperialismus, jetzt der englische, wurde unter der Diktatur des Oberst Latorre (1876–80) ein für allemal festgeschrieben. Er übergab die staatlichen Eisenbahnen den Engländern und somit den gesamten Transport von der Viehweide über den Hafen bis zu den Schlachthöfen Londons, da auch die Schiffe unter britischer Flagge fuhren. Sieht man sich das Schienennetz an, so sind es alles Linien, die wie ein Fächer konzentrisch auf den Wasserkopf Montevideo zu laufen, ohne jede Querverbindung: eine Entwicklung der Wirtschaft ausschließlich nach außen. Uruguays Verkehrsstruktur verdammt es dazu, ohne inneren Handel und Entwicklung auszukommen. Denn auch später, als man Autostraßen baute, tat man es parallel zu den Schienenwegen. Nur eine Autostraße von Rivera nach Paysandú läuft transversal durch das Land, doch diese dient mehr dem Handelsverkehr Brasiliens und Argentinien. Man vergleiche damit das engmaschige Schienennetz Deutschlands.

Die andere Maßnahme Latorres bestand darin, die Estancias mit 25.000 Tonnen aus England importiertem Eisendraht umzäunen zu lassen. Damit veränderte sich das ländliche Panorama. In vier Jahren wuchs der Rinderbestand von 5 auf 8 Millionen an, der der Schafe von 8 auf 15 Millionen. Aber um welchen Preis? Mit dem Ende der offenen Weiden gab es auch keinen Bedarf mehr für die Siedlungen am Rande der Estancias, deren Bewohner den Übertritt des Viehs auf andere Güter zu verhindern hatten und dafür Fleisch vom

Estanciero bekamen. Nun überflüssig, vertrieb sie die nach dem neuen Landgesetz geschaffene Privatpolizei der Estancieros ebenso erbarmungslos wie die wildernden Gauchos.

Latorre hinterließ nicht nur einen konsolidierten Großgrundbesitz sondern auch eine völlig enteignete Landbevölkerung, die nur auf einen Anführer wartete, um ihrem Zorn und ihrer Verzweiflung Luft zu verschaffen. Der Caudillo, der sie in den Kampf führen sollte, war Aparicio Saravia, einer der radikalen Blancos, der den damals regierenden Colorados den Kampf angesagt hatte (Blancos und Colorados sind die beiden großen Parteien). Tausende von Toten, Verwüstung ganzer Provinzen, Millionen Meter zerstörter Drahtzäune, Hunderttausende von Rindern und Schafen geschlachtet oder vernichtet – eine Explosion lang angestauten Elends. In der Hauptstadt, wo der auf dem Lande gezeugte Reichtum Feste der Kultur und der „Zivilisation“ feierte – Toscanini dirigierte gerade Wagners „Meistersinger“ – hallte die Nachricht vom bewaffneten Aufstand wie ein Schuss in einem Konzertsaal wider. Abermals offenbarte sich das doppelte Uruguay. Das eine fortschrittlich, erfüllt von modernen Ideen und gesittetem Leben, das andere brutal, zurückgeblieben in einer noch halbfeudalen Realität. Nach blutigen und langen Kämpfen wurden die Truppen Aparicio Saravias geschlagen und niedergemetzelt. Was in einem Vierteljahrhundert alle Repression von Polizei und Militär nicht vermocht hatte, war das Endergebnis dieser Bürgerkriege. Bei Tupambáe und Masoller erfüllten die Maschinengewehre die Träume der „konservativen Klassen“ sie mähten die überzählige Landbevölkerung nieder. So blieb der Großgrundbesitz Sieger, und fast ein Jahrhundert später hat sich nur wenig an den sozialen Strukturen auf dem Lande geändert. Das erklärt auch, warum es – mit Ausnahme weniger Provinzen – keinen ländlichen Mittelstand gibt, und warum ein Land, das 30 Millionen Menschen eine Heimat sein könnte, nur von wenig mehr als einem Zehntel davon bewohnt ist.

## Geburt des demokratischen Staates

Während seine Nachbarn noch im 20. Jahrhundert von einem Militärputsch zum nächsten schlidderten, entstand in Uruguay ab 1904 ein moderner demokratischer Staat, der sich mit Ausnahme der mittleren dreißiger Jahre bis zum Ende der sechziger Jahre in friedlichen parlamentarischen Verhältnissen entwickelte. Die Bürgerkriege des 19. Jahrhunderts zwischen Colorados und Blancos, Repräsentanten des städtischen Bürgertums und der Großgrundbesitzer auf dem Lande, beendete der Colorado Präsident Jose Batlle y Ordóñez mit einem Pakt der Machtverteilung. In allen staatlichen und kommunalen Institutionen und Unternehmen wurde deren Leitung zwischen Wahlsiegern und Wahlverlierern im Verhältnis 3 zu 2 aufgeteilt. Dieses System der Macht- und Beamtenaufteilung vom untersten Hilfsarbeiter bei der Müllabfuhr bis

zum Generaldirektor der Staatsbank führte zu einem korrupten Klientelismus – eine Anstellung gegen eine Wahlstimme – und einer Hypertrophie der Staatsbürokratie, aber auch zur Stabilität der Demokratie.

Dieses System prägte, zusammen mit der damals beginnenden Verstaatlichung der öffentlichen Dienste und der Einführung von Sozialgesetzen, langfristig die Mentalität der Uruguayer: ihre demokratische Gesinnung und Toleranz. Ihre Freiheitsliebe und Friedfertigkeit offenbarten sich Jahre später im Widerstand unter der Militärdiktatur und ihrer Identifizierung mit dem Staat in den Plebisziten gegen die Privatisierung staatlicher Unternehmen. Bereits 1915 unter Batlle wurde der 8-Stundentag Gesetz, ebenso die Altersrente ab dem 60. Lebensjahr. Und ab 1916 war die höhere Schule kostenlos, ab 1919 auch die Universität. Religion wurde Privatsache und vom Staat absolut getrennt, in den öffentlichen Schulen gibt es keinen Religionsunterricht. Die Kirche spielt in der Politik Uruguays keine bedeutende Rolle, ganz im Unterschied zu Brasilien und Argentinien. Zu gleicher Zeit begann der Prozess der Verdrängung des englischen durch den nordamerikanischen Imperialismus: die Errichtung der beiden großen Chicagoer Gefrierfleischfabriken (Swift und Armour) in Montevideo; der Bau von Autostraßen neben den Schienenwegen, wo amerikanische Autos und LKWs den englischen Eisenbahnen Konkurrenz machen.

## Konfrontation

Solange Krieg und Wiederaufbau die industriellen Großmächte Europas und die USA sich auf ihre eigenen Probleme konzentrieren ließ und sie weder viele Waren noch Kapital nach Lateinamerika exportierten, gab es eine stürmische Entwicklung der importsubstituierenden Industrien. Vor allem langlebige Konsumgüter wurden in Uruguay hergestellt. Als aber die europäische Industrie wieder auf Hochtouren lief und sogar eine hoch rationalisierte Landwirtschaft entwickelte, die auch noch vom Staat subventioniert wurde, fielen die Rohstoffpreise und die Handelspolitik der drei großen Wirtschaftspole, USA, Japan und Europa, wurde aggressiver. Die neue Preisentwicklung verlief zu Ungunsten der Rohstoffe produzierenden Länder – Fleisch, Leder, Wolle in Uruguay – und machte die vordem aktive Handelsbilanz passiv. Das Defizit musste mit Anleihen bei ausländischen Banken finanziert werden. Als deren Treuhänder schaltete sich seit 1960 der Internationale Währungsfonds (IWF) ein, der mit seinen „Stand by Krediten“ die Öffnung des Marktes erpresste. Die Jagd nach dem Dollar, um den Schuldendienst zu bedienen, führte zur Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunkts vom Binnenmarkt auf den Export. Diese Entwicklung wurde durch eine Regierung von Estancieros – Blancos zumeist – und Bankiers gefördert, entsprechend den Vorgaben des IWF. Die einsetzende Schuldenspirale führte zu einer Inflationsrate, die in manchen Jahren mehr als 150 Prozent betrug.

Gegen diese brutale Entwertung der Löhne und Gehälter setzte der Kampf der Gewerkschaften ein, um einen Ausgleich für die ins astronomische steigenden Lebenshaltungskosten zu erlangen. Bis dahin war die Gewerkschaftsbewegung in einen kommunistisch orientierten Sektor, einen von den USA geförderten und mehrere autonome Gewerkschaften gespalten gewesen. Die Not der Stunde, der gemeinsame Klassenfeind und die gegenseitige Solidarität bei vielen Streiks führte zur Vereinigung fast aller Gewerkschaften in einer Zentralorganisation. 1966 wurde die *Convencion Nacional de Trabajadores* (CNT) gegründet. Angesichts der offenen Parteinahme der Regierungen der Blancos wie der Colorados für die Unternehmer, und zumal der rein ökonomische Kampf immer weniger ausreichte – die Loherhöhung von heute war bereits morgen durch die Teuerung schon wieder mehr als wettgemacht – zielten Strategie und Programm der neuen Zentrale auf eine radikale Veränderung der Gesellschaft.

Zwei Ereignisse beschleunigten diesen Prozess. 1954 hatte ein interner „Staatsstreich“ in der KP Uruguays ihren Mini-Stalin abgesetzt und zugleich das von sowjetischen Ideologen vorgegebene sektiererische Programm durch ein neues ersetzt. Dieses basierte auf den Realitäten Uruguays und tendierte zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung und aller linken Parteien. Das trug zur erstrebten Vereinigung bei. Das andere bedeutende Ereignis war 1959 die kubanische Revolution, welche die Perspektive einer radikalen Wende nun auch in Lateinamerika als möglich erscheinen ließ und die einen Ansporn für revolutionäre Bewegungen darstellte.

Als im August 1968 der Colorado Präsident Pacheco die Einfrierung der Löhne und Preise diktierte, kurz bevor eine 64 prozentige Lohnangleichung an die Teuerung fällig war, eskalierte die Konfrontation der Arbeiterbewegung und Teilen des Mittelstandes mit dem Staat. Denn zugleich mit jenem Einfrierungsdekret hatte Pacheco in Voraussicht kommender Streiks den Ausnahmezustand, die Aufhebung aller bürgerlichen und politischen Freiheiten, ausgerufen. Das führte zum Rücktritt fast der Hälfte des Regierungskabinetts – zwei der Colorado Minister sollten drei Jahre später der linken *Frente Amplio* beitreten – sie wurden durch Bankiers ersetzt. Das war das Ende der, wenn auch relativen, Autonomie der Politik und der Politiker, es war die Machtübernahme durch das Finanzkapital. Seine Schocktherapie freilich sollte, zumal der Widerstand wuchs, weder die Löhne noch die Preise stabilisieren. Der Ausnahmezustand aber wurde zu einem langlebigen Normalzustand.

Monatelange Streiks der Schlachthöfe, der Elektrizitätswerke, der Banken folgten. Alle Dienstleistungssektoren wurden militarisiert. 2000 Bankangestellte, die nicht zur Arbeit erschienen waren, wurden zu Deserteuren erklärt, auf eine Insel vor Montevideo gebracht und wie Soldaten gedrillt. Doch das Militär, das die Banken besetzt hatte, konnte das Bankgeschäft nicht in Gang bringen. Als nach 2 Monaten die Volkswirtschaft nahe dem Erliegen war, musste Pacheco nachgeben: niemand wurde entlassen, die Gehälter nachgezahlt.

Die linke Radikalisierung in den Oberschulen und die Provokationen der faschistischen Schlägergruppen, der *Juventud Umguaya de Pie* (JUP) veranlassten Pacheco 1970 zur direkten Intervention ins Unterrichtswesens „zur Rettung der Jugend vor dem Guevarismus“, und als das nicht funktionierte, zur vorzeitigen Beendigung des Schuljahres. Um nicht vier Monate Unterricht zu verlieren, organisierten die Schuldirektoren, Lehrer, Schüler und Eltern *Liceos Poplares*. Der Unterricht ging in eigener Regie in Gewerkschaftshäusern, Sportvereinen oder Pfarrgemeinden weiter. Auch die Attentate der JUP konnten ihn nicht unterbrechen, die Eltern standen Wache vor den Lokalen, um ihre Kinder zu verteidigen. Im Juni 71 wurde die unselige Intervention aufgehoben. Das Resultat war, dass ein Teil des Mittelstandes, Lehrer und Eltern in die politischen Aktionen gegen die Reaktion einbezogen wurden.

War die Strategie Pachecos, durch willkürliche Provokation mit wenigen heftigen Schlägen die Gewerkschaften und die linken Parteien zu zerschlagen, so war es die Strategie der CNT auf jede Attacke eine Antwort zu geben – das konnte eine Massendemo sein oder ein 24-stündiger Generalstreik – sich aber stets den Rückzug offen zu halten. Eine Minderheit in der CNT kritisierte diese flexible Taktik, die der Zuspitzung auf eine alles entscheidende Schlacht auswich. Ob diese dann gewonnen worden wäre, steht in den Sternen, da es ja nicht dazu kam. Auf jeden Fall aber führte die Linie der CNT zu einer Kräfteakkumulation und politischen Reife immer neuer Gesellschaftsschichten, die in den Strudel der Konflikte hineingerissen wurden.

In dieser Situation offener Konfrontation wurde am 5. Februar 1971 auch die *Frente Amplio*, die breite Linksfront geboren. In allen Stadtteilen Montevideos und in den Provinzen waren, wie Pilze nach dem Regen, Basiskomitees hervor geschossen, während die Führer linker Parteien sich über Programm und Organisation verständigten. Zum Vorsitzenden und später zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen wurde der General (a.D.) Liber Seregni gewählt. Er hatte Pacheco seinen Rücktritt erklärt, als dieser das Heer gegen streikende Arbeiter und Studenten einsetzte. Unter der Militärdiktatur musste er dann 10 Jahre im Gefängnis verbringen. Die Linkskoalition, die von Kommunisten, Sozialisten, über linke Fraktionen der Colorados und Blancos, bis zu den Christdemokraten reichte, erhielt bei den Wahlen im November 1971 18% der Stimmen, in Montevideo sogar 30%. Damit war die Linke in Uruguay erstmals eine nicht mehr zu ignorierende Macht in der politischen Arena.

Aber die Wirtschaftskrise und der Zerfall der uruguayischen Demokratie hatte noch eine andere radikalere Reaktion hervorgerufen: derjenigen, die den Ausweg im bewaffneten Kampf sahen. In einem Land ohne Wälder und hohe Berge notwendigerweise eine Stadtguerilla. Die bedeutendste, der MLN (*Movimiento de Liberacion Nacional*), die als Tupamaros bekannt wurden, fand Mitte der 60er Jahre mit ihren Robin-Hood-Aktionen die Sympathie weiter Bevölkerungskreise. Sie überfielen Lebensmitteltransporter und verteilten deren

Inhalt in den Elendsvierteln, sie stahlen in einer Bankfiliale die schwarzen Kontobücher und legten sie einem Richter vor die Tür, so dass er nicht umhin konnte, dem Herrn Minister der Pacheco Regierung oder einem Senator seiner Colorado-Partei den Prozess wegen Devisenschiebung zu machen. Sie hoben aus dem Keller des Tabakkönigs von Uruguay, Julio Mailhos, den über drei Zentner schweren Tresor auf die Straße, öffneten ihn und ein Prozess wurde gegen Mailhos eröffnet, weil die darin liegenden Goldbarren nicht versteuert waren. Die spektakuläre Flucht der Tupamaros durch einen unterirdischen Gang aus dem Gefängnis von Puma Carretas steigerte ihr Prestige.

Da die Polizei mit den Tupamaros nicht fertig werden konnte, das Regime aber nicht weiter seine Verhöhnung und die Offenlegung seiner Korruption hinnehmen konnte, gab Pacheco der Armee Blankovollmachten zur Vernichtung der Guerilla. Als dann das Blut auf beiden Seiten floss und auch das vieler Unbeteiligter, wich die Sympathie einer Bevölkerung, die Gewalttätigkeiten verabscheute, und im September 1972 war mit der Verhaftung der gesamten Führung die Guerilla am Ende.

## Die Militärdiktatur

Die Konfrontation aber blieb. Unter dem Ende 1971 gewählten ultrarechten Colorado-Präsidenten Bordabeny gingen der Lohnabbau und die Repression gegen Gewerkschaften und *Frente Amplio* (FA) weiter und mündeten am 27. Juni 1973 in den Staatsstreich der Generäle. Zugleich mit der Auflösung des Parlaments, des Verbots aller Parteien und Gewerkschaften und der Verfolgung aller Linken, setzte ein von der CNT ausgerufenen Generalstreik einschließlich der Besetzung von Betrieben und Banken ein, der für 15 Tage alle Räder still legte. Bevor der Streik abbröckelte, beendete die CNT den Generalstreik und rief zu weiterem Widerstand im Untergrund auf. Zwar hatte man die Etablierung der Militärdiktatur nicht verhindern können, doch konnte so ihre Isolierung von fast allen Gesellschaftsschichten und auch dem Grossteil der Politiker erreicht werden. Nur wenige trauten sich vor der allgemeinen Ächtung mit den neuen Herren zu kollaborieren. Und der Widerstand sollte – freilich zunächst nur der verdeckte, illegale – ununterbrochen bis zur Wiedereroberung der Demokratie anhalten. Trotz Tausender Gefangener in Kasernen und Militärfängnissen, trotz „Verschwindenlassen“, Folter und Mord. Nur so, durch Gewalt, konnte in Uruguay – wie auch in den anderen lateinamerikanischen Ländern – die neoliberale Wirtschaftspolitik eingeführt werden. Das Konklave in San Miguel besiegelte sie. Der Wirtschaftsrat der Bankiers und Großunternehmer legte die Richtlinien vor. Die Generäle konnten nur Amen dazu sagen:

- Freier Devisen- und Gewinntransfer,
- Zoll- und Steuerfreiheit, verbilligte Strom- und Wassertarife „für im nationalen Interesse angelegtes Auslandskapital“,

- Senkung der Einfuhrzölle,
- Streichung der Einkommens- und der Erbschaftssteuer,
- Erhöhung der Mehrwertsteuer (wie heute bei Angela Merkel),
- Aufhebung der meisten Subventionen bei Nahrungsmitteln,
- Senkung der Etats für Gesundheit, Erziehung und Altersrenten,
- Aufhebung der Angleichung der Löhne an die Inflation (von 1974 bis 1977 führte dies zu Reallohnverlusten von 24,8%).

War die Wirtschafts- und Sozialpolitik der uruguayischen Diktatur etwa ein Vorreiter des Programms der etablierten Parteien der BRD von heute? Auf jeden Fall war in Uruguay Kapital wieder rentabel geworden. Derart die Arbeiter auszupressen, war unter demokratischen Verhältnissen nicht möglich gewesen. Doch in einem Punkt hielt man sich nicht an die Orthodoxie der „Chicago Boys“, denn „Grau lieber Freund ist alle Theorie“: Der Export wurde vom Staat subventioniert, mit Vorfinanzierung und Subvention verarbeiteter Rohstoffe bis zu 35%. Denn mit entwerteten Pesos ließen sich die Gläubiger nicht bezahlen. Zum Schuldendienst brauchte man Dollar. So fand eine Umverteilung vom Binnenmarkt zum Export statt. Dieser stieg von 1974 bis 1977 um 59%. Das Positive daran war, dass jetzt statt Naturwolle Tops, Stoffe und Anzüge exportiert wurden; statt Rohleder Schuhe, Taschen und Lederjacken. Aber Protektion ist nicht gleich Protektion. Unter der importsubstituierenden Industrialisierung bis 1958 profitierten die Industriellen und auch die Arbeiter, unter der Diktatur nur eine hauchdünne Schicht der Oligarchie. Eine keine 5 Jahre währende Konjunktur erhöhte das Bruttoinlandprodukt, den Export, die Gewinne, aber auch die Inflation, während die Löhne fielen, die Handelsbilanz passiv blieb und somit die Auslandsschulden weiter anstiegen (in drei Jahren um 58%). Auch der vom IWF geforderte Ausgleich des Haushaltsdefizits konnte nicht erreicht werden: was in der Sozial- und Kulturpolitik gespart wurde, wurde für die Repression mehr als verausgabt. So sanken zwischen 1972 und 1977 die Ausgaben für Universitäten von 9% auf 3% des Staatshaushaltes, die Ausgaben für Gesundheit von 16% auf 5%, im selben Zeitraum stiegen aber die Ausgaben für Armee und Polizei von 24% auf 49% des Staatshaushaltes.

Der Wirtschafts- und Finanzminister Vegh Villegas nahm seinen Hut, da er die Generäle nicht zur Sparsamkeit überreden konnte. An seine Stelle trat Valentin Arismendi, der den neoliberalen Kurs radikalisierte, indem er die Subvention des Exports aufhob. Das war auch deshalb ratsam, weil die USA und die EU diese Subventionen zu „unlauterem Wettbewerb“ erklärt hatten und die Einfuhr dieser verarbeiteten Waren sperrten. Zugleich führte Arismendi ein Abwertungs-Chronogramm ein, die *Tablita*, wonach die Zentralbank festgelegte monatliche Mini-Abwertungen des Peso vornahm, die aber immer weiter hinter der im Lande herrschenden Inflation zurückblieb, so dass der Dollar immer billiger wurde. Dabei kam jedoch die Industrie zum Erliegen, ausländische Waren überschwemmten den Binnenmarkt und die Arbeitslosenquote stieg de facto auf 25%.

## Der Weg zur Demokratie

Nicht ausländische Truppen befreiten Uruguay von der Diktatur. Der Widerstand wuchs mit der Armut und der Repression. Die Militärs hatten drei Anläufe genommen, statt den verbotenen aber weiterhin existenten CNT-Gewerkschaften, von ihnen kontrollierte „nationale Gewerkschaften“ zu bilden. Drei Mal waren sie gescheitert.

1980 hatten sie ein Plebiszit organisiert, um über eine Verfassungsreform abzustimmen, die die Junta der Generäle legitimieren und verewigen sollte. Das Volk versuchten sie in Panik zu stürzen mit der einzigen Alternative: „Verfassungsreform oder Bürgerkrieg“. Doch eines Tages erwachte die Stadt und an allen Mauern stand „No“. Die Diktatur erlitt ihre erste öffentliche Niederlage. 58% des Landes hatte mit „Nein“ gestimmt, in Montevideo 63%, in der Industriestadt Paysandú 70%.

Am Tag nach den Wahlen (27. November 1980) war die *Tablita* in Scherben. Der Peso fiel in wenigen Tagen um 100%. Das war der erste offizielle Bankrott des neoliberalen Modells. Es sollte nicht der einzige bleiben, denn dieselbe Wirtschaftspolitik wurde verschärft fortgesetzt. Unter dem Druck der sozialen und ökonomischen Realitäten aber musste die Diktatur nach einem politischen Ausweg suchen. Die allmähliche Legalisierung der traditionellen Parteien, der Colorados und Blancos, bei weiterer Verfolgung der Linken konnte den Widerstand nicht blockieren.

- Am 1. Mai 1983 folgten 150.000 dem Aufruf der „illegalen“ PIT (*Plenario Intersindical de Trabajadores*), sich vor dem geschlossenen Parlament zu versammeln, „Amnestie für alle politischen Gefangenen“ war der Ruf der Menge.
- Vom 11. bis 25. August 1983: Hungerstreik dreier Priester für die Rückkehr zur Demokratie. Er endete um 20 Uhr mit dem Ausschalten der Lichter und einem Kochtopfkonzert der Bevölkerung.
- 27. November 1983: 400.000 Bürger und Bürgerinnen Montevideos demonstrieren am Obelisk der Konstitution für Wahlen 1984. Erstmals sitzt auch die *Frente Amplio* (FA) auf der Tribüne.
- 19. März 1984: Freilassung des Generals (a.D.) Seregni. Ansprache von seinem Balkon aus an das Volk.
- 27. Juni 1984: 24-stündiger Generalstreik legt das ganze Land still.
- 23. August 1984: Pakt zwischen den Generälen, der Partido Colorado und der FA über die Abhaltung von Wahlen im November des Jahres.
- 24. November 1984: Wahlen. Der Colorado Kandidat Sanguinetti wird Präsident. Die FA, obwohl erst 3 Monate vor der Wahl legalisiert und ohne Seregni, der nicht als ihr Präsidentschaftskandidat zugelassen wurde, erhielt wiederum 18% der Stimmen. Diejenigen der Blancos und Colorados, die mit der Diktatur kollaboriert hatten, erhielten zusammen keine 12%.

## Neoliberalismus demokratisch serviert

Vier aufeinander folgende Regierungen, jetzt unter der Demokratie - drei der Colorados und eine der Blancos - setzten die eingeschlagene Wirtschaftspolitik fort. Die Erblast der Diktatur wurde unbesehen übernommen: deren enorme Korruptionsaffären wurden gedeckt, für die entstandenen Schulden der Banken stand jetzt der Staat ein. Die Sozialisierung der Verluste trug der Steuerzahler - etwa eine Milliarde Dollar. Auf die vom Parlament sofort erlassene Amnestie aller politischen Gefangenen aber sollte auch die Amnestie aller von Uniformierten unter der Diktatur begangenen Verbrechen folgen. Ein von den Gewerkschaften, der FA und einer fortschrittlichen Fraktion der Blancos einberufenes Referendum erreichte zwar die notwendigen Unterschriften zur Abhaltung des Plebiszits - 25% der Wahlberechtigten - dann aber nicht die notwendigen 50% der Stimmen. Die Straffreiheit der Verbrecher in Umform blieb somit bestehen und wurde von den Regierungen noch großzügiger interpretiert, als es das Militäramnestiegesetz vorsah.

Auf Empfehlung des IWF beschlossen die Regierungen - insbesondere der Blanco-Präsident Lacalle (1990-1994) - die Privatisierung der rentabelsten Staatsunternehmen und das Parlament, Colorados und eine Mehrheit der Blancos, stimmten zu. Doch den Gewerkschaften mit dem Dachverband PIT-CNT, den sozialen Organisationen und der FA gelang es, ein Plebiszit zu erzwingen und am 12. Dezember 1992 stimmten 72% der Uruguayer gegen die Privatisierung der Elektrizitätswerke, der Erdölraffinerien und der Telekommunikation. Damit wurde, anders als in Argentinien und Brasilien, der massive Ausverkauf der strategischen staatlichen Unternehmen an ausländische Multis verhindert. Durch die Hintertür freilich wurde auf administrativem Wege so mancher Sektor Privaten in Form von Konzessionen übergeben.

Eine andere Methode waren „Freihandelszonen“, in denen die transnationalen Firmen von Steuern, Zöllen und der Einhaltung der Arbeitsgesetze befreit sind. Ohne jede Kontrolle diente das dem Schmuggel en gros und führte zur Schließung vieler nationaler Betriebe derselben Branche, die mit so vielen Privilegien nicht konkurrieren können. Zur Zeit sind zwei Häfen von diesem Fluch befallen. Ein Freihandelshafen soll von der Moonsekte nordwestlich von Montevideo errichtet werden und würde vom Hafen von Montevideo viele Frachten abzweigen, abgesehen vom Schaden für den Ökopark dort und für die Landwirtschaft. Der andere, in La Paloma am Atlantischen Ozean, hätte mit der massiven Zufuhr von Holz den Badeort, der vom Tourismus lebt, liquidiert. Die neue Regierung erreichte, dass der Hafen an einem unbenutzten Küstenstreifen errichtet wird.

Hier stellt sich überhaupt die Frage nach dem Nutzen dieser Investitionen, welchen „Segen“ bringt das ausländische Kapital? Meist werden lediglich vor dem nationale private Firmen aufgekauft. Ein Beispiel ist die Getränkeindust-

rie: früher bestand sie aus einer Reihe von mittleren uruguayischen Unternehmen, jetzt ist sie fast ganz in der Hand von Coca-Cola und Pepsi. Oder die Brauereien: seit die nominell brasilianische, tatsächlich aber transnationale AMBEV alle Brauereien aufkaufte, wurde die größte in Paysandú geschlossen und die Arbeiter entlassen. Erst eine Übereinkunft zwischen Brasiliens Präsident Lula und Tabaré Vázquez, dem neuen Präsidenten Uruguays, gestattet es, an deren Stelle eine Malzbrauerei zu errichten, die mit dem Anbau von Gerste wieder neue Arbeitsplätze schafft. Ähnlich sieht es bei den Banken aus: Es gibt keine einzige private uruguayische Bank mehr. Abgesehen von den staatlichen Banken sind alle Banken in ausländischen Händen.

Wirkliche Neuinvestitionen gibt es nur, weil die Umweltauflagen weniger strikt kontrolliert werden als in Europa oder weil die Löhne so viel niedriger sind. 660.000 ha. sind in den letzten zwei Jahrzehnten vor allem mit Eukalyptusbäumen, bepflanzt worden. Diese Pflanzungen sind der neue Großgrundbesitz. 70.000 ha. gehören allein der Texaco, 60.000 ha. der spanischen ENCE. Steuerfreiheit und staatliche Subventionen machten sie zu einem Exportschlagler. Die industriellen Plantagen – Wälder kann man sie nicht nennen – erfordern noch weniger Arbeitsplätze als die frühere, arbeitsintensive Viehzucht. Außerdem herrscht in dieser Branche fern der Zivilisation Sklavenarbeit: Löhne unter dem Mindestlohn, das Fehlen von Arbeitsrechten, Unfälle und Vergiftungen ohne rechtzeitige medizinische Versorgung sind keine Seltenheit. Erst jetzt, unter der neuen Regierung mit einem Arbeitsminister der FA, beginnt sich das zu ändern.

Das schnelle Wachstum der Bäume – sie sind in 10 Jahren schlagreif – entwässert die ganze Umgebung. Landwirtschaft wird unmöglich und ganze Dörfer veröden. Um nicht bloß das Holz in kurze Rollen geschnitten zu exportieren, bauen eine finnische Gesellschaft, BOTNIA und eine spanische, ENCE am Uruguay-Fluss zwei große Zellulosefabriken. Damit werden zwar 500 Arbeitsplätze geschaffen, wegen der Umweltverschmutzung jedoch weit mehr Arbeitsplätze vernichtet. Badeorte am uruguayischen wie am argentinischem Ufer können schließen, die Bienenzucht und landwirtschaftliche Betriebe werden vertrieben. Zwar sind die 1.100 Millionen Dollar von BOTNIA für Uruguay eine große Investitionssumme, aber weil die modernen Maschinen in Europa gekauft werden und im Lande selbst, da die Fabrik in einer Freihandelszone liegt, keine Steuern gezahlt werden, bleibt wenig übrig. Bei 300 Arbeitsplätzen, die BOTNIA schafft, kostet ein Arbeitsplatz 3,66 Millionen Dollar. Würde nur ein Zehntel dieser Investitionssumme auf dem Binnenmarkt in kleine und mittlere Unternehmen gesteckt werden, könnten 20 mal so viele Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Mercosur, der bisher im Grunde nur eine Zollunion zwischen Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay war, hat dem neoliberalen Trend gewisse Grenzen gesetzt. Als lateinamerikanischer Regionalpakt steht er dem Bestreben

der USA entgegen, eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) einzurichten, in der sie als große Wirtschaftsmacht das Sagen hätte. Doch bedeutet dies noch nicht allzu viel, solange in den vier Ländern des Mercosur die transnationalen Trusts noch ihren starken Einfluss haben. Was Uruguay betrifft, stehen den gesteigerten Exporten in die Partnerländer auch Verlagerungen von Produktionsstätten – Automontage, Pharmalabore, Speiseölfabriken – gegenüber. Erst die Ausweitung der Zusammenarbeit auf die Produktionsketten zwischen den Partnerländern und die Integration auch auf sozialem und kulturellem Gebiet wird den Mercosur zu einem wirklich fortschrittlichen Instrument und zu einer Gegenmacht des Imperialismus machen. Eine noch ausstehende Aufgabe für die linken Regierungen der Region.

### Finanzparadies Uruguay

Aus Uruguay ein Finanzparadies zu machen, war das Ideal aller vier demokratischen Regierungen von 1985 bis 2005. Mit einer Hochzinspolitik von 8% bis 12% für Dollaranleihen und 40% bis 60% für Pesoplanen schienen sie es zu schaffen. Die Unterbewertung des Dollars mittels einer neuen *Tablita* lief in die gleiche Richtung. In Strömen floss spekulatives Kapital nach Uruguay. Doch der billige Dollar führte auch zum Import von vorher im Lande erzeugten Produkten, zur Liquidierung der nationalen Industrie, vergleichbar mit dem Prozess in der Ex-DDR nach der Wende, und auch zur Verschuldung der Agrarwirtschaft. So wurden die Mehrwertquellen zerstört, aus denen doch die Zinsen hätten stammen sollen, mit denen das Finanzparadies bewässert werden musste. Als dann das Karussell des Kapitalnachschiebs zu stoppen begann, kam es zum Run auf die Banken. Das neoliberale Modell krachte ein zweites Mal zusammen, genauso wie 1982.

Ein spanisches Sprichwort sagt: „das einzige Tier, das zweimal über denselben Stein stolpert, ist der Mensch“. Das wurde schon über den Bankenkrach vor 20 Jahren geschrieben. Im Juni 2002 führte der gleiche neoliberale Wahn zu einem noch schlimmeren Zusammenbruch: man braucht nur den Namen des damaligen Finanzministers Arismendi durch Bension ersetzen, das Datum um zwei Jahrzehnte zu verschieben und die Verluste auf das Dreifache zu steigern. Auch 1982 war der Traum vom „Finanzplatz Uruguay“, ähnlich den Bahamas oder Hongkong, anscheinend schon fast in Erfüllung gegangen, als ein dummes Missgeschick eintrat. Die Kreditnehmer konnten nicht mehr zahlen. Nicht mehr die Tilgung und auch nicht mehr die Zinsen. Begeistert hatten sie die billigen Dollars genommen und in ihre Estancias oder Betriebe investiert, aber derselbe billige Dollar hatte zugleich auch die Landwirtschaft, die Exporteure und die Industrie ruiniert. Selbst die so billig aus dem Ausland importierten Waren blieben liegen. Die Arbeitslosigkeit und die niedrigen Gehälter hatten die Kaufkraft gemindert. Wie Zugvögel flogen die Dollars jetzt nach

Norden. Minister Arismendi wollte damals das hehre Ziel eines „Finanzparadieses Uruguay“ nicht aufgeben. Doch letztlich musste sich die Zentralbank vom Devisenmarkt zurückziehen. Innerhalb von wenigen Tagen fiel der Peso um 100%. Die offizielle Version, man hätte nur „den Peso frei schweben lassen“, war wenig Trost für jene, deren Schulden über Nacht auf das Doppelte gestiegen waren. Flucht aus dem Leben oder aus dem Lande war damals der Ausweg für so manchen, der seinen Kredit nicht mehr zurückzahlen konnte. Herrn Arismendis Rechtfertigung vom „frei schwebenden Peso“ klang eher nach der eines Mörders, der seine Unschuld beteuert und erklärt, er habe sein Opfer aus dem 10. Stockwerk nur in den freien Raum gesetzt, gefallen sei er von ganz alleine.

Nachdem im Juni 2004 zwei Drittel der Reserven aufgebraucht und über eine Milliarde Dollar der Steuerzahler in den 4 bankrotten Privatbanken – auch die Dresdner Bank war involviert – sich in Luft aufgelöst hatten, machten mit der Einfrierung der Dollarkonten Hunderte kleine und mittlere Unternehmen Bankrott und die Arbeitslosigkeit stieg offiziell auf 19%. Und mit der Verdopplung in Peso der in Dollar aufgenommenen Schulden waren Selbstmorde und Herzinfarkte an der Tagesordnung. Eine Verelendung setzte ein, wie sie das Land vorher nicht gekannt hatte, Kinder verhungerten. Wären nicht an die 500 Volksküchen gewesen, von der Solidarität der noch etwas besitzenden Mitbürger beliefert und von freiwilligen Helfern organisiert, Zehntausende wären verhungert. Damals nahmen Kinos, Theater, Sportveranstaltungen als Eintrittsgeld 1 kg. Reis, Nudeln oder andere Lebensmittel.

## Die Wende

Mit dem Bankrott des „Finanzparadieses“ waren die Auslandsschulden – die 1985 noch 4,9 Mrd. Dollar betragen hatten, um 280% gestiegen. Das BIP, vor der Krise 22 Mrd. Dollar, fiel um 38%. BIP und Auslandsschulden trafen sich in der Mitte: die Auslandsschulden waren nun ungefähr so groß wie das BIP. Anders ausgedrückt: wenn alle Uruguayer auch nicht für einen Cent konsumieren würden, könnten sie ihre Schulden begleichen.

Aber auch die Zinsen für die Auslandsschuld sind unerträglich. Ein Wachstum der Exporte löst das Problem nicht: die Preisschere zwischen den exportierten Agrarrohstoffen und dem importierten Erdöl und den Maschinen wächst und damit wächst auch das Defizit in der Handelsbilanz. Die nötigen Umschuldungen steigern mit dem Risiko der Gläubiger den Zinsfuß des verarmten Schuldners. Es ist die gewohnte Bluttransfusion des blutkranken Mannes an den fettleibigen. Dazu verbauen die Empfehlungen des IWF jede mögliche Rekonvaleszenz: der Sozialabbau, Lohnverluste und die Drosselung öffentlicher Investitionen und Kredite schwächt die Kaufkraft und den Binnenmarkt und verstärkt die Rezession.

Ist ohne eine Umgestaltung der politischen Machtverhältnisse der vom IWF und von der Finanzoligarchie vorgegebene Rahmen zu durchbrechen? Die Frage stand seit Jahren im Raum – die Mehrheit der Uruguayer begriff und löste sie. Am 3. Oktober 2004 wählten 52% der Bevölkerung die FA und den Sozialisten Tabaré Vázquez zum Präsidenten der Republik. Der Weg von der Opposition an die Regierung war lang aber kontinuierlich gewesen, wie die Wahlergebnisse der FA zeigen: 1971: 18%; 1985: 18%; 1989: 21,3%; 1994: 30%; 1999:40%; 2004: 52%.

Aber auch in Montevideo, wo die FA 1989 die Provinzregierung übernahm, wuchs sie kontinuierlich an: 1989: 36%; 1994: 44%; 2000: 58%; 2005: 60%.

Und das alles trotz elfeinhalb Jahren Militärdiktatur mit großen menschlichen Verlusten („Verschwundene“, Ermordete, ins Exil Verschlagene), trotz des verlorenen Plebiszits gegen die Straffreiheit der Mörder in Umform, als die Angst vor einem neuen Militärputsch noch einmal siegte. Doch im Nachhinein führte die „grüne Front“ gegen die Militäramnestie zur ersten großen Erweiterung der FA. Der gemeinsame Kampf dafür, dass „alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien“, zusammen mit fortschrittlichen Blancos und Colorados, brachte das neue Bündnis hervor. Heute ist der offizielle Name der Koalition „Encuentro Progresista – Frente Amplio – Nueva Mayoría“ und der frühere Blanco und Intendente der Provinz Cerro Largo, Rodolfo Nin Novoa, ist heute Vizepräsident der Republik.

Wie sieht die interne Struktur der FA, die 90% des linken Bündnisses stellt, aus? Sie ist eine Rahmenpartei – wie auch Colorados und Blancos – d.h. eine Koalition aus verschiedenen linken Parteien, bzw. Sektoren, die alle eigene Kandidaten für das Zentralparlament und die 19 Provinzparlamente aufstellen. Sie alle eint ein gemeinsames Programm, eine gemeinsame Organisation mit gemeinsamer Leitung, sowie gemeinsame Kandidaten für die Spitzenämter, d.h. Präsident und Vizepräsident der Republik, Intendentes und deren Stellvertreter in den Provinzen. Die Parlamentsfraktion stimmt, außer in wenigen sekundären Fällen nach interner Besprechung und Mehrheitsbeschluss, gemeinsam.

Aber außerdem ist die FA auch eine politische Bewegung. Sie hat überparteiliche Basiskomitees in den Stadtteilen Montevideos und in den Provinzen. Und diese sind nicht nur der lange Arm der FA, der in die letzten Winkel des Landes reicht, unerlässlich für die außerparlamentarischen Aktionen wie Demos, Wahlkampagnen, Unterschriftensammlungen und Plebiszite. Seit 1985 sind sie auch Teil der Führung. Das – außer dem alle zwei Jahre stattfindenden Kongress – höchste Beschlussorgan, das *Plenario Nacional*, besteht aus 72 Delegierten, Vertretern der Koalitionsparteien, je nach ihrer Stärke bei den Wahlen, und 72 Delegierten der Basiskomitees und 6 unabhängigen Persönlichkeiten der FA. Das bedeutet eine Linksverschiebung im politischen Spektrum. Denn meistens sind die Basisaktivisten kämpferischer und radikaler, als die, die nur alle 5 Jahre einmal den Wahlschein in die Urne stecken.

## 15 Jahre Regierung in der Provinz Montevideo

Die erste Maßnahme von Tabaré Vázquez als Intendente von Montevideo, als die FA dort an die Regierung kam, war die Dezentralisierung der Verwaltung in 18 Bezirke, den *Centros Comunales Zonales (CCZ)*. So sollte eine größere Bürgernähe der bis dahin streng zentralistisch regierten Hauptstadt und Provinz erreicht werden. Den Arbeitern und Allgestellten von jedem CCZ zur Seite stand ein politischer Sekretär, der ein unbürokratisches Verhältnis zu den Bürgern anbahnen sollte. Es wurden Bürgerversammlungen in den Stadtteilen einberufen, die die Prioritäten in ihrem Viertel für den fünf Jahre laufenden Haushaltsplan setzen sollten. Dieser wurde dann gemäß den Vorgaben der Bürgerversammlungen von den Experten der Stadtregierung ausgearbeitet. Kabinettsitzungen der Provinzregierung fanden jetzt auch öffentlich statt, jeden Montag in einem anderen Stadtteil, und danach bekamen die anwesenden Bürger das Mikrophon, um ihre Reklamationen oder Initiativen vorzubringen, worauf der zuständige Direktor Antworten zu geben hatte.

Dieses System, anfänglich von Colorados und Blancos als „Sowjetisierung“ angefeindet, konnte erst drei Jahre später institutionalisiert werden. Aus Angst Wähler zu verlieren, zumal die Methode Anklang fand, waren Colorados und Blancos zu einem Kompromiss bereit. Jedem der 18 CCZs wurde nun eine *Junta Local* (Bezirksrat) vorgesetzt, die aus drei Abgeordneten der Mehrheit – also der FA – und zweien der Opposition – Colorados und Blancos – bestand. Zudem gibt es jetzt in jedem CCZ einen Nachbarschaftsrat, der überparteilich in den Stadtteilen gewählt wird, und der eine beratende Funktion hat, sowie Initiativen unterbreiten und Kontrolle ausüben soll. Auch für die Ausarbeitung des Haushaltsplan sind sie zuständig. Diese Methode der Partizipation der Bürger an der Regierung wird auch in der Verwaltung der städtischen Institutionen, den Polykliniken und Kinderhorten in den Armenvierteln angewandt.

Die FA-Regierung Montevideos erweiterte ihre Kompetenzen auch auf die Sozialpolitik, die nach der Verfassung eigentlich der Zentralregierung zusteht, die sie aber stets vernachlässigt hatte. Im beschränkten Rahmen ihres Budgets und mit Krediten der Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) baute sie in den ärmeren Randvierteln die Kanalisation aus, so dass heute statt 70% bereits 90% der Bürger Montevideos daran angeschlossen sind. Sie gibt Grundstücke an Wohnungsbaukooperativen, sie ermöglicht Ausbildungen, vor allem für jugendliche Arbeitslose, sie sorgt für Milch für die Schulen und zwei Mahlzeiten täglich in den städtischen Kinderhorten, sie liefert Bauanleitungen und Baumaterial für die Elendsviertel.

Obwohl der Reallohn der städtischen Arbeiter und Angestellten in wenigen Jahren um 100% erhöht wurde, ihre Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden herabgesetzt und ihre Familien auch krankenversichert wurden, war das Verhältnis zu deren Gewerkschaft (ADEOM) nicht selten konfliktträchtig. Als nach der

Bankenkrise im Juni 2002 die Steuereinnahmen in Montevideo um etwa 30% sanken, konnte keine Lohnangleichung an die damalige Teuerung - 19% - bezahlt werden. Auch in der Krise wollte die FA keine Sozialausgaben streichen und einer verarmten Bevölkerung höhere Steuern aufzubürden ging auch nicht. ADEOM begann einen zwei Wochen dauernden Streik und verlor ihn, weil die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen hinter der Regierung von Montevideo stand. Aber angesichts der Perspektive, dass die FA bald auch die Zentralregierung übernehmen könnte, stellte sich nun die Frage, wie stehen linke Gewerkschaften zu einer linken Regierung. Und dieselbe Frage stellte sich - umgekehrt - auch für die FA. Der Kongress der PIT-CNT im Oktober 2003 und derjenige der FA im Dezember 2003 kamen zu ähnlichen Schlüssen: Gewerkschaften sind autonom, unabhängig von Parteien und Regierung, wo sie aber gleiche Ziele im Kampf gegen den Neoliberalismus und zum Aufbau eines sozial gerechteren Uruguays haben, arbeiten sie zusammen. Und eine Mehrheit von fast 90% beim Gewerkschaftskongress beschloss daher, einen Unterschied zwischen einer reaktionären und einer fortschrittlichen Regierung zu machen: Konfrontation mit der einen und Dialog mit der anderen.

### Programm und Realität

Folgendes waren zentrale Programmpunkte der FA:

- In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit und dass über 40% der noch Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen sind und keine Sozialbeiträge zahlen aber auch keine Leistungen in Anspruch nehmen können, ist die Schaffung von normalen Arbeitsplätzen unter menschenwürdigen Bedingungen das vorrangige Ziel. Dazu dienen die öffentlichen Investitionen und eine Politik der Lenkung des spekulativ angelegten Kapitals in die Produktion, mit der Priorität bei kleinen und mittleren Unternehmen.
- Ein soziales Notprogramm, das den Bedarf aller unter der Armutsgrenze Lebenden deckt.
- Angesichts der starken Polarisierung der Gesellschaft eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums: die Einführung einer gestaffelten Einkommensteuer (anstelle der bloßen Lohnsteuer) und eine Senkung der hohen Mehrwertsteuer (23%). Außerdem die Einführung einer nationalen Gesundheitsversicherung, bei der jeder gemäß seinem Einkommen einzahlt und alle die gleiche medizinische Betreuung erhalten.
- Die Partizipation an Planung und Durchführung auf allen Ebenen.
- Aufklärung des Schicksals der „Verschwundenen“ unter der Militärdiktatur.

Was hat sich seit dem Regierungsantritt der Frente Amplio getan?

- Erster Regierungsakt von Tabaré Vázquez, eine Stunde nach der protokollarischen Übergabe der Präsidentschaft, war die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Cuba.

- Eines der ersten Gesetze, dem das neue Parlament mit der absoluten Mehrheit der FA zustimmte - 52 Abgeordnete von 100; 17 Senatoren von 30 - war der *Plan de Atención Nacional de Emergencia Social* (PANES), das soziale Notprogramm. Demnach erhält jede Person, die ein Einkommen vom weniger als zwei Dollar am Tag hat, ein Bürgereinkommen und nach Bedarf Gesundheitsversorgung, sowie Mittel zur Verbesserung seiner Wohnsituation. Als Gegenleistung müssen ihre Kinder zur Schule gehen und sie selbst müssen bereit sein, sofern sie angeboten wird, eine berufliche Ausbildung zu machen und eine kommunale Tätigkeit anzunehmen. Da es keinen für die Durchführung eines derartigen Projektes befähigten Beamtenapparat gab und die von anderen Ministerien oder Verwaltungen dazu abgeordneten Beamten nicht ausreichten, schulte man Studenten der Psychologie und der Sozialwissenschaften, so wie Gewerkschafter. Sie müssen in die Elendsviertel zu den Antragstellern gehen, ihre realen Bedürfnisse überprüfen, aber auch viele, die nicht wissen, dass und was ihnen zusteht, in das Programm einschreiben. Die Komplexität des Projekts bei dem, außer dem Ministerium für Soziale Entwicklung, auch die Ministerien für Gesundheit, für Wohnungsbau und Umwelt, das Unterrichts- sowie das Arbeitsministerium und die Provinzverwaltung beteiligt sind, macht die Realisierung zu einem Schneekengang. Aber es ist immerhin ein Anfang.

- Der Mantel des Schweigens über das Schicksal der unter der Diktatur „Verschwundenen“, ein Mantel der von den vorherigen Regierungen ausgebreitet wurde, beginnt sich zu heben. Auf der Suche nach den sterblichen Überresten der ermordeten Frauen und Männer, ordnete Tabaré Ausgrabungen in einer Kaserne an. Daraufhin haben die Kommandanten der Armee erste Informationen übergeben.

- Seit 13 Jahren waren keine Paritätischen Tarifkommissionen mehr einberufen worden. Das erste Dekret des Arbeitsministers bestand in der Einberufung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände, um eine neue Regelung für die Lohnverhandlungen zu beschließen. Daraufhin kam es zu einer Vielzahl von Tarifverträgen und zu Realloohnerhöhungen zwischen 3% und 10%. Bei den untersten Lohngruppen auch bis zu 50%.

- Um Repressalien der Unternehmer gegen Gewerkschaftsmitglieder die Spitze zu nehmen, ist das Parlament mit einem Gesetz befasst, das die Gewerkschaftsrechte garantieren soll.

- Ziel der Regierung ist es, den Reallohnverlust der letzten Jahre von etwa 30% innerhalb von fünf Jahren zu kompensieren. Die PIT-CNT will es in drei Jahren schaffen.

Die Wiederbelebung der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen und vor allem die Besserung der Lebensverhältnisse ist durch die große Schuldenlast nur langsam möglich. Ein Schuldenmoratorium wie im FA-Programm von 1971 gefordert, wäre heutzutage nicht realisierbar. Erstens liegen die Währungsreserven des Landes in den Kellern nordamerikanischer Banken und auch

die Exporte könnten bei der Ankunft in ausländischen Häfen gepfändet werden. Zum anderen hätte die Kapitalflucht wohl nicht einen Cent mehr in den Kassen der Banken gelassen.

So musste auch die neue Linksregierung mit dem IWF verhandeln. Sie erreichte zwar die Freistellung von 100 Millionen Dollar jährlich für das Soziale Notprogramm PANES, das damit finanziell gesichert bleibt, sonst aber nur den Aufschub der Tilgungen um zwei Jahre und die Reduzierung des Etanteils für Zinszahlungen von 4,2% auf 3,5% im ersten Haushaltsjahr. Eine Atempause, die Situation ist aber immer noch beklemmend.

Was die Verwirklichung des Regierungsprogramms an Quantität einbüßt, kann aber an Qualität gewonnen werden. Die Partizipation der Bürger, der sozialen Bewegungen und Organisationen mag zur rationaleren und effektiveren Verwendung beschränkter Mittel dienen. Mit Partizipation hat die kommunale Regierung von Montevideo Erfahrungen gemacht und es ist gewiss kein Zufall, dass eine große Anzahl der neuen Minister und Staatssekretäre von da herkommen. So wie jetzt auch Gewerkschaftsführer zu Direktoren in den Staatsunternehmen und öffentlichen Institutionen ernannt wurden.

- Partizipation der Dozenten bei der Ausarbeitung der notwendigen Unterrichtsreform. Ziel ist es, in fünf Jahren den Etat für das Erziehungswesen von 2,8% des BIP auf 4,5%, das der Forschung von 0,3% auf 1% zu erhöhen.

- Partizipation der Gewerkschaften, Unternehmer- und Verbraucherverbände bei der Ausarbeitung des fünfjährigen Haushaltplans. Auch wenn dies zunächst nur in beratender Funktion geschieht, ist es doch ein erster Schritt.

- Symptomatisch ist auch: Tabaré hält Kabinettsitzungen nun auch öffentlich ab, in einem großen Zelt im Landesinneren (in Zapicán, Bella Union, Pando) wo nach den Beratungen des Kabinetts die Bürger und ihre sozialen Organisationen das Mikrophon bekommen, um Vorschläge oder Kritik vorzutragen, welche die Minister zu beantworten haben.

Nach alledem könnte man nun folgende Fragen stellen:

1. Genügt ein Umverteilungsprozess im Nachhinein, um eine Änderung der sozialen Strukturen zu bewirken?
2. In wie weit kann Bürgerpartizipation an der Regierung und der Verwaltung die Gesellschaft verändern?
3. Ist Mitbestimmung der Arbeiter und der Konsumenten an der Verwaltung staatlicher Unternehmen - in Uruguay noch 20% der gesamten Wirtschaft - ein Weg zur Wirtschaftsdemokratie?
4. Sind Produktionskooperativen ein Weg zu einer alternativen Wirtschaft und Gesellschaft?

Ich wage eine Prognose: ja, das wären vier mögliche Wege zu einem weit entfernten Ziel, doch sie erfordern Zeit.

Aus dem Niedergang der Sowjetunion und der osteuropäischen sozialistischen

Staaten ist nicht allein zu entnehmen, dass Staatssozialismus zu keiner neuen und besseren Gesellschaft führt, sondern auch dass der Weg dahin, die Revolution, wenn sie nicht zugleich mit der Partizipation der Bürger und der sozialen Organisationen beginnt und diese weiter entwickelt, kein Weg zu einer alternativen Gesellschaft ist. Konkret im Falle Uruguays und auf die Gretchenfrage hin, ob die Regierung der FA zu diesem erstrebten „anderen möglichen Uruguay“ führen oder scheitern wird, kann, wie bei jedem großen Versuch, nur auf die Ungewissheit bei Experimenten verwiesen werden. Aber unabhängig vom Resultat, das in der Zukunft liegt, steht fest: dieses große Projekt ist nach der Katastrophe einer Diktatur und vier neoliberaler Regierungen eine Überlebenschance für die Mehrheit der Uruguayer. Und was das Risiko des Scheiterns betrifft – was im Leben ist schon ohne Risiko?

Immerhin nach 33 Jahren Kampf der FA in der Legalität und unter der Diktatur, mit ihren Niederlagen und Siegen, ihren Wahrheiten und Irrtümern, ist ein Schatz an Konzepten, Projekten und Strategien entstanden, hat sich ein Kollektiv von kritisch denkenden und den Leiden der Mehrheit der Bevölkerung verbundenen aktiven Menschen zusammen gefunden, eine elementare Voraussetzung für eine emanzipatorische Wende. Ein anderer wichtiger Faktor, der einen Ansporn für eine solche Entwicklung darstellt, sind die sozialen Bewegungen in Uruguay, vor allem die Gewerkschaften. Sie bilden das Gegengewicht zu dem enormen Druck, den das Kapital und der IWF auf jede Regierung ausüben. Das kleine Uruguay kann sicher nicht allein und isoliert ein alternatives gesellschaftliches und wirtschaftliches Modell realisieren. Das regionale Umfeld, Lateinamerika, ist aber in einem ähnlichen Befreiungsprozess begriffen und erweitert die engen Spielräume, um aus der neoliberalen Globalisierung auszuscheren. Vor allem nach innen gibt es Möglichkeiten zu einer gerechteren Umverteilung der Arbeitszeit, der Einkommen und dem Zugang zu Bildung und Gesundheit. Uruguay, seine sozialen Organisationen, die FA und jetzt die von ihr gestellte Regierung können – in bescheidenen Maße – mit ihrem Beispiel und ihrer Aktion zur Veränderung der Globalisierung beitragen. Gemeinsam im Mercosur und in ganz Lateinamerika können mit der Bildung einer Front der Rohstoffe exportierenden Länder und einer Front der Schuldner, die Macht der transnationalen Konzerne eingeschränkt und auch die Entwicklung der industriellen Großmächte beeinflusst werden. Doch selbstverständlich beginnt die Bändigung des Kapitalismus und die Bildung einer solidarischen Gesellschaft zuhause im eigenen Land. Getrieben von großer Not, von Angst vor der Zukunft und starker Hoffnung hat Uruguay sich auf diesen Weg gemacht.